

# Koalition für private Schuldeneintreiber

Berlin. CDU/CSU und FDP erwägen die Privatisierung des Gerichtsvollzieherwesens in Deutschland. Wie die Saarbrücker Zeitung (Dienstagsausgabe) berichtet, plant die Koalition, eine Initiative der Länder aufzugreifen und ein sogenanntes »Beleihungsmodell« zu installieren. Demnach sollen künftig auch Private die Aufgabe des Gerichtsvollziehers ausüben dürfen und das wirtschaftliche Risiko ihrer Tätigkeit selbst tragen. Dadurch sollen die öffentlichen Haushalte entlastet werden. In der Koalition rechnet man zugleich mit einer Gebührensteigerung um voraussichtlich das Dreifache der jetzigen Sätze. Laut Gerichtsvollzieherbund wird es 2010 angesichts der Wirtschaftskrise eine neue Welle der Zwangsvollstreckungen geben. Der Vorsitzende des Rechtsausschusses im Bundestag, Siegfried Kauder (CDU), sagte der Zeitung: »Daß man auf eine Vollstreckungsmaßnahme viel zu lange warten muß, ist ein Problem.« Zugleich handele es sich bei der Privatisierung jedoch um ein »hochsensibles Thema«, da Gerichtsvollziehern Zwangsmittel zur Verfügung stünden. (DAPD/jW)  
*<https://www.jungewelt.de/artikel/137257.koalition-für-private-schuldeneintreiber.html>*